

GENERALVERSAMMLUNG DER SP WÄDENSWIL

Die SP Wädenswil mit neuem Co-Präsidium

HANS ROTH, REDAKTION «SO!»

Aus bekannten Gründen trafen sich die Mitglieder der SP Wädenswil mit Abstand erst Ende August zur diesjährigen Generalversammlung (GV). Nicht die statutarischen Geschäfte gaben am meisten zu reden, sondern ein klimapolitischer Vorstoss von alt-Stadtrat Sepp Dorfschmid zuhanden des Parteitages der SP Schweiz. Der Antrag wurde nach intensiver Diskussion durch die Mitglieder angenommen (Mehr dazu auf Seite 3.)



Von links nach rechts: Edith Höhn, Judith Fürst, Christian Gross, Bea Gmür und Edith Brunner

Die Jahresberichte der Sektionspräsidentin Judith Fürst wie auch der Fraktionspräsidentin Edith Brunner sowie die Jahresrechnung und das Budget, erstellt von Kassierin Edna Diener, wurden mit Akklamation genehmigt. Stadtrat Jonas Erni blickte auf die vergangenen zwei Jahre zurück: Harmonisiertes Rechnungsmodell, Sanierung Hallenbad und «Bretterbadi», Fotovoltaik-Anlagen und die Verankerung der Stadtpolizei in der Bevölkerung. Vor allem wegen der vielen Anzeigen besorgter Bürger war die Lock-Down-Zeit eine grosse Herausforderung für die Polizei. Primarschulpflegerin Silvia Gilliand erwähnte in ihrem Bericht, dass der Aufbau von Tagesschulen durch die Covid-19-Pandemie verzögert worden sei.

NEUES CO-PRÄSIDIUM Die GV wurde durch die grosse Anzahl Mutationen geprägt. Judith Fürst gab ihr Amt als Präsidentin an Edith Höhn und Christian Gross weiter, welche neu im Co-Präsidium amten. Edith Brunner ist aus dem Gemeinderat zurückgetreten und wurde durch Katarina Oehlin ersetzt (Portrait auf Seite 4). Bea Gmür gab nach ihrem Rücktritt aus dem Parteivorstand auch die Mitarbeit an dieser Zeitung, dem «So!», an Edith Höhn weiter. Das Amt des Fraktionspräsidenten

übernimmt Hans Roth. Die Versammlung dankte Judith Fürst mit grossem Applaus und es wurden Geschenke ausgetauscht.

BEA GMÜR blickt auf eine intensive politische Tätigkeit zurück. 2011 wurde sie in den Gemeinderat gewählt, den sie 2018/19 präsidierte. Ganze 15 Jahre – von 2005 bis 2020 – arbeitete sie im Redaktionsteam des «So!», das sie während einiger Jahre auch leitete. Von 2014 bis 2018 amtierte sie als Parteipräsidentin. Die SP und die Redaktion dieser Zeitung dankten Bea herzlich für ihre engagierte Arbeit.

EDITH BRUNNER rückte 2014 in den Gemeinderat nach, als Jonas Erni Stadtrat wurde. Sie war in der Sachkommission tätig und hat sich sehr für das Projekt «Grisu» (Erweiterung Schulhaus Ort und Turnhalle) eingesetzt. Besonders schätzte sie die sachbezogenen, respektvollen und kontroversen Diskussionen über die parteipolitischen Grenzen hinweg. Als engagierte und umsichtige Fraktionspräsidentin amtierte sie von 2014 bis 2020. Nach ihrem Rücktritt aus dem Parlament widmet sie sich nun vermehrt ihren Enkelkindern. Die Versammlung dankte ihr mit grossem Applaus. ■

Abstimmen! 29. November



JA ZUR KONZERN- VERANTWORTUNGS- INITIATIVE

Diese Initiative wurde vom Ex-FDP-Ständerat und Staatsanwalt Dick Marty mitlanciert. Sie wird von vielen Unternehmer*innen, Politiker*innen und 130 Menschenrechts- und Umweltorganisationen unterstützt. Die Bischofskonferenz und die Reformierte Kirche stehen hinter der Initiative. Daniel Jositsch, SP-Ständerat und Strafrechtsprofessor sagt: «Es braucht die Initiative, damit einzelne Konzerne nicht länger wegschauen und wir so dafür sorgen, dass die Umwelt nicht zerstört wird.»

JA ZUR KRIEGS- GESCHÄFTE-INITIATIVE

Jedes Jahr fliessen Milliarden in Rüstungskonzerne. Die Waffen, die damit produziert und gegen Menschen eingesetzt werden, richten enormen Schaden an. Hier setzt die Kriegsgeschäfte-Initiative an: Unser Geld soll so eingesetzt werden, dass es Menschen nicht schadet. Ein Ja zur Initiative ist nicht nur aus ethischer, sondern auch aus wirtschaftlicher und neutralitätspolitischer Sicht nötig. Min-Li Marti, SP-Nationalrätin sagt: «Ich möchte nicht, dass mein Pensionskassengeld in die Produktion von Kriegsmaterial fliesst. Ich wünsche mir eine nachhaltige und friedliche Investitionspolitik.»

> Abstimmungs-Parolen Seite 3

KONZERNVERANTWORTUNGS-INITIATIVE

Ja! Nichts als recht und gerecht

MICHAEL HÖNGER, MITGLIED DES LOKALKOMITEE WÄDENSWIL

Schon lange engagieren sich in Wädenswil Freiwillige in einem breit abgestützten Lokalkomitee für die Konzernverantwortungs-Initiative und fordern damit eine Selbstverständlichkeit: Konzerne sollen für Schäden, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen, geradestehen.

Skrupellose Konzerne wie Glencore vergiften Trinkwasser, vertreiben Menschen und zerstören ganze Landstriche. Sie nutzen die Situation in jenen Ländern aus, welche über keine funktionierende Justiz verfügen. In der peruanischen Stadt Cerro de Pasco beispielsweise vergiftet Glencore mit einer Mine die Bevölkerung einer ganzen Stadt. Der Konzern kontrolliert hier die Minengesellschaft Volcan, welche zu den grössten Produzentinnen von Zink, Blei und Silber gehört. Die Mine verursacht eine extreme Umweltverschmutzung durch Blei, Arsen und weitere Schwermetalle. Alles ist vergiftet: die Luft, der Boden, das Wasser. Die Lebenserwartung der Einwohner*innen ist fünf Jahre tiefer als in anderen peruanischen Städten. Die Kindersterblichkeit deutlich höher.

Die «Konzernverantwortungs-Initiative» schafft endlich klare Regeln, um diesem Verhalten einen Riegel zu schieben. Sie können zur Verantwortung gezogen werden.

ZIVILRECHTLICHE HAFTUNG IST BEWÄHRTES MITTEL Die Initiative fordert, dass Konzerne künftig für Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörungen haften, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen. Die vorgeschlagene zivilrechtliche Haftung ist ein bewährtes Mittel des Schweizer Rechts. Betroffene erhalten die Möglichkeit, in der Schweiz auf Wiedergutmachung zu klagen. Sie müssen jedoch beweisen, dass ein Schaden entstanden ist, für den der Konzern mit Sitz in der Schweiz verantwortlich ist. In vielen Ländern ist längst Tatsache, was die Initiative für die Schweiz fordert. So hat Frankreich bereits ein ähnliches Gesetz eingeführt. ■



KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

Ja! Mehr Anstand auf dem Finanzmarkt

THOMAS HARTMANN, REDAKTION «SO!»

Die Kriegsgeschäfte-Initiative will, dass die internationale Rüstungsindustrie nicht mehr länger mit Geld aus der Schweiz alimentiert wird.



Dass mit unserem Geld keine Waffen produziert werden dürfen, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Dennoch fließen pro Jahr mehrere Milliarden Schweizerfranken in Unternehmen, deren Produkte überall auf der Welt gegen Menschen eingesetzt werden.

Als Privatperson kann man sein Geld bei einer Bank unterbringen, mit deren Anlagestrategie man einverstanden ist. Keinen Einfluss aber hat man beim eigenen Vorsorgevermögen. Über die Verwaltung der Pensionskonten entscheiden nicht jene, denen diese Gelder zustehen, sondern die Finanzinstitute selber. Einige von ihnen geben sich selbst Ausschlusskriterien für das Anlageportfolio – und per Gesetz ist es in der Schweiz verboten, Kredite oder andere direkte Zahlungen an Firmen zu leisten, die geächtetes Kriegsmaterial wie Atomwaffen oder Streumunition herstellen. Für konventionelles Kriegsmaterial oder indirekte Finanzierungen aber gibt es keine Vorschriften. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will diese Lücke schliessen.

Dass nachhaltig angelegtes Vermögen keine Rendite-Einbusse befürchten muss, zeigen viele private und staatliche Vorbilder. Es besteht aus wirtschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit, die Rüstungsindustrie von der Schweiz aus mitzufinanzieren. Darum ist es unanständig, wenn unsere Altersvorsorge dafür eingesetzt wird, die Kassen von Unternehmen zu füllen, die Handgranaten oder Munition herstellen. Ein Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative ist darum ein Ja zu mehr Anstand auf unserem Finanzplatz. ■

KLIMA-TATEN STATT WORTE

Der Klimapolitik Beine machen

SEPP DORFSCHMID

Die Stimmen der Wissenschaft sind eindeutig: Wenn der CO₂-Ausstoss nicht rasch massiv gesenkt wird, wird der Klimawandel zur lebensbedrohenden Klimakatastrophe. Entsprechend ist man auch in der Politik zunehmend der Meinung, dass die Schweiz den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf Netto-Null senken muss.



Der Rhonegletscher, wie lange gibt es ihn noch? – Er schmilzt im Schnitt jeden Tag um 10 Zentimeter

Konsequenterweise müsste man also beschliessen, dass die Schweiz den Import von fossilen Energieträgern schrittweise reduziert. Dabei müsste sich die Politik darum kümmern, dass dies möglichst schmerzlos geschieht.

Wir alle wissen, dass die Realität anders aussieht. Die Schweiz hat das Übereinkommen von Paris ratifiziert und der Bundesrat hat bekundet, den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf Netto-Null zu reduzieren. In seiner Vernehmlassung zur Gletscherinitiative legt der Bundesrat aber einen Gegenvorschlag vor, der eine klare Verwässerung darstellt (...soweit technisch möglich ...wirtschaftlich tragbar...). Zwar ist das Parlament beim CO₂-Gesetz einen Schritt weiter gekommen. Er genügt jedoch noch nicht. Vermutlich liegt es daran, dass – anders als bei Corona – die Lebensbedrohung nicht unmittelbar bei sich und im persönlichen Umkreis wahrnehmbar ist, sondern erst unsere Kinder und Enkelkinder wirklich treffen wird. Die Gefahr scheint mir gross, dass die Politik keine griffigen Regelungen zur Minderung der Klimakatastrophe beschliesst – auch wenn die SP noch so gute Konzepte entwickelt.

AUSSERORDENTLICHE SITUATIONEN ERFORDERN AUSSERORDENTLICHE MASSNAHMEN Ich habe darum der SP Wädenswil den Antrag gestellt, von der SP Schweiz zu verlangen, dass ein ähnlicher

Handlungsautomatismus angestrebt werden soll, wie er im Epidemien-gesetz für die «ausserordentliche Lage» vorgesehen ist: Wenn das Parlament nicht vorwärts macht, geht die Verantwortung – wie bei Corona – an den Bundesrat. Wenn auch dieser es nicht schafft, dass die minimalen Ziele eingehalten werden, soll der Import von fossilen Energieträgern kontingentiert werden.

Nachdem die GV der SP Wädenswil dem Antrag zugestimmt hat, habe ich diesen dem Parteitag der SP Schweiz unterbreitet. Die SP-Geschäftsleitung hat den Parteitagsdelegierten empfohlen, den Antrag abzulehnen, mit der Begründung, dass die Klimawende auf demokratischem Weg und nicht über ein Vollmacheregime erreicht werden soll. Dies insbesondere weil sonst die Akzeptanz nicht gegeben sei.

Zusammen mit etwa 25 Prozent der Stimmenden am Parteitag, die meinen Antrag unterstützten, finde ich weiterhin, dass sich die SP ernsthaft mit einem Plan B beschäftigen sollte. Es kann doch nicht angehen, dass beim Versagen der normalen demokratischen Prozesse der lebensbedrohende Schaden der Klimakatastrophe den heute Jungen und späteren Generationen überlassen wird. Ich werde das Thema weiterhin aufmerksam verfolgen! ■

ABSTIMMEN

29.11.2020

BUND



JA zur Volksinitiative «für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungs-Initiative)

JA zur Volksinitiative «für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (Kriegsgeschäfte-Initiative)

KANTON

Keine Vorlagen

WÄDENSWIL

Keine Vorlagen

SP

JETZT MITGLIED WERDEN

mitglied-werden.sp-ps.ch

Das muss auch noch gesagt werden



Wir haben's doch gesagt!

In den Nullerjahren gings Wädenswil finanziell gut. Die Steuereinnahmen sprudelten. Grund genug für den damaligen Stadtrat, die Steuern zu senken statt zu investieren. Die Folgen? Kaum musste wieder mehr investiert werden, verschuldete sich Wädenswil massiv. Die SP wies schon seit Jahren darauf hin, dass die Steuersenkungen zurückgenommen werden müssen. Der Stadtrat wollte davon nichts wissen. Noch im vergangenen Dezember hielt er am tiefen Steuerfuss fest, obwohl Wädenswil massiv Leistungen kürzen musste und trotzdem immer mehr Schulden anhäufte. Warnungen der SP, dass der niedrige Steuersatz schlicht nicht reicht, wurden ignoriert. Jetzt plötzlich die Kehrtwende: Der Stadtrat beantragt eine Steuererhöhung um 4 Prozent. (ChG) ■

rat wollte davon nichts wissen. Noch im vergangenen Dezember hielt er am tiefen Steuerfuss fest, obwohl Wädenswil massiv Leistungen kürzen musste und trotzdem immer mehr Schulden anhäufte. Warnungen der SP, dass der niedrige Steuersatz schlicht nicht reicht, wurden ignoriert. Jetzt plötzlich die Kehrtwende: Der Stadtrat beantragt eine Steuererhöhung um 4 Prozent. (ChG) ■



Wer ist Hanna Katarina Oehlin?

Sie ist in Schweden geboren und aufgewachsen. 1986 kam sie als Onkologie-Krankenschwester in die Schweiz und lebt seit 2008 in Wädenswil, wo auch ihre erwachsene Tochter zuhause ist. Beruflich ist Katarina Oehlin seit bald dreissig Jahren in der Pharmaindustrie tätig und hat durch ihre Funktionen viel über die Arbeit mit Menschen gelernt. Den langgehegten Wunsch, sich politisch zu engagieren, kann sie nun als Nachfolgerin von Edith Brunner im Gemeinderat umsetzen. Die vielfältigen Themen, welche ihr neues Amt mit sich bringen, ermöglichen ihr interessante Auseinandersetzungen und bieten Gelegenheit, Neues dazuzulernen. Katarina Oehlin spornt es an, in engagierten Diskussionen mit Vertretern aller Parteien dazu beizutragen, Lösungen zu finden, die zum Wohl der Stadt Wädenswil und ihrer Bewohner*innen sind. (Ha) ■

litisch zu engagieren, kann sie nun als Nachfolgerin von Edith Brunner im Gemeinderat umsetzen. Die vielfältigen Themen, welche ihr neues Amt mit sich bringen, ermöglichen ihr interessante Auseinandersetzungen und bieten Gelegenheit, Neues dazuzulernen. Katarina Oehlin spornt es an, in engagierten Diskussionen mit Vertretern aller Parteien dazu beizutragen, Lösungen zu finden, die zum Wohl der Stadt Wädenswil und ihrer Bewohner*innen sind. (Ha) ■



Bei Gas besser bremsen

Wädenswil hat sich zum Ziel gesetzt, den Gas-Marktanteil von 40 auf 55 Prozent zu erhöhen. Die Grundversorgung werde dabei aus 90 Prozent Erdgas und 10 Prozent Biogas bestehen. Ist das nachhaltig? Hauseigentümer*innen, die der Umwelt etwas zuliebe tun wollen, prüfen beim Heizungsersatz besser, ob eine Anbindung an einen Wärmeverbund in Frage kommt

oder entscheiden sich für eine Wärmepumpe. Gas braucht es auch bei Netto-Null 2050. Aber nur für die Industrie, weil schon dafür das Biogas nicht ausreicht. Unsere Werke sollten sich Ausstiegsszenarien überlegen, statt weiter in die Gas-Infrastruktur zu investieren. Ein erster Schritt zu einer nachhaltigen Energieversorgung ist mit Unterzeichnung der Klima- und Energie-Charta unmittelbar möglich – Wädenswil gehört noch nicht dazu. (PR) ■

DER SCHLUSSPUNKT ● Fieberkurven

Und erneut schauen wir gebannt auf die steigenden Zahlen der Covid-19-Infektionen. Dies verstellt uns die Sicht auf andere, langsamer steigende, dafür alarmierend hohe Fieberkurven: Erderwärmung, schwindende Biodiversität, Krieg und Hunger, die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, die sich weiter öffnende Schere zwischen Reich und Arm, den zunehmenden Nationalegoismus. Es braucht die gleiche fokussierte Kraft von politischem Willen, Forscherintelligenz und Geld, um diese Probleme zu lösen, wie sie in die Bereitstellung eines Corona-Impfstoffs investiert werden. (bg) ●

So! ABONNIEREN UND SPENDEN

Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das «So!» mit der Post. Es wird zudem von rund 20 Personen in über 10 000 Haushalte von Wädenswil, Au, Schönenberg und Hütten unentgeltlich verteilt – darüber sind wir sehr froh! Der Druck und das Papier kosten jedoch viel Geld – und darauf sind wir dringend angewiesen. Wir danken herzlich für jede Abozahlung und jede Spende:

Preis Abonnement: CHF 12.–

Unterstützungs-Abonnement: CHF 25.–

Konto PostFinance: 80-43003-3

IBAN CH35 0900 0000 8004 3003 3

So! Nr. 3, November 2020

Die SP Wädenswil informiert

SP Wädenswil, 8820 Wädenswil
Erscheint 3 – 4 mal jährlich, Auflage: 11100 Ex.
Redaktion: Thomas Hartmann (Leitung).
Edith Höhn, Hans Roth, Urs Keller
so@spwaedenswil.ch, www.spwaedenswil.ch

Layout und Produktion: Ulrich Schuwey,
Schuwey und Röllin atelier graphique
Bilder: Urs Keller

Druck: Horizonte Druckzentrum, Thalwil
Klimaneutral gedruckt auf FSC-Papier